

**Information über die Verarbeitung von
personenbezogenen Daten
Informationspflicht gem. Art. 13 DSGVO**

FB1 IP FormSolutions

**Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg
Deutschland
Telefon: 04331 - 202 0**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Rahmenbedingungen	3
1.1 Einleitung	3
1.2 Beschreibung	3
1.3 Verantwortlichkeiten	3
1.4 Zuständigkeiten	4
1.5 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	4
2. Informationspflicht gem. Art. 13 DSGVO	5
2.1 Zweck der Datenverarbeitung	5
2.2 Rechtsgrundlage	5
2.3 Berechtigte Interessen	5
2.4 Datenempfänger	5
2.4.1 Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde	5
2.4.2 Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation	5
2.4.3 Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission	6
2.4.4 Garantien und Erhalt der Garantien	6
2.5 Speicherdauer	6
2.6 Rechte der Betroffenen	6
2.6.1 Recht auf Auskunft	6
2.6.2 Recht auf Berichtigung	7
2.6.3 Recht auf Löschung	7
2.6.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	7
2.6.5 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung	7
2.6.6 Recht auf Datenübertragbarkeit	8
2.6.7 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	8
2.7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling	8

1. Einleitung und Rahmenbedingungen

1.1 Einleitung

Die Informationspflichten nach den Art. 13 und 14 DSGVO knüpfen an die Erhebung von personenbezogenen Daten durch einen Verantwortlichen an. Die DSGVO unterscheidet in diesem Kontext zwischen zwei Konstellationen. Der Art. 13 DSGVO legt die Informationspflicht für die Erhebung von personenbezogenen Daten fest, welche direkt bei der betroffenen Person stattfindet. Der Art. 14 DSGVO hingegen, legt die Informationspflichten für die Erhebung von personenbezogenen Daten fest, welche nicht bei der betroffenen Person selbst, sondern über Dritte stattfindet. Der Umfang der Informationspflichten ist für beide Erhebungsmodalitäten weitgehend identisch. Der wesentliche Unterschied liegt im Zeitpunkt bzw. dem Zeitraum, an welchem die Erhebung der Daten stattfinden soll. Während in Art. 13 DSGVO eine Information des Betroffenen „zum Zeitpunkt der Erhebung“ gefordert wird, sieht der Art. 14 DSGVO gestaffelte Fristen vor, innerhalb welcher ein jeder Verantwortliche seiner Informationspflicht nachkommen muss. Weitere Unterschiede ergeben sich aus den Ausschlussstatbeständen, bei deren Vorliegen eine Informationspflicht ausnahmsweise nicht besteht (vgl. Art. 13 Abs. 4 und Art. 14 Abs. 5 DSGVO). Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Um unsere Informationspflichten nach den Art. 12 ff. der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zu erfüllen, stellen wir Ihnen nachfolgend gerne unsere Informationen zum Datenschutz dar.

1.2 Beschreibung

Papierbasierte Formulare/Anträge werden mit Form Solutions in digitale Antragsassistenten überführt. Dies ist ein notwendiger Schritt zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (OZG). Mithilfe von online Antragsassistenten werden die für den jeweiligen Antrag erforderlichen personenbezogenen Daten abgefragt und in PDF-Formulare/Anträge überführt, um sie auf diese Weise der Verwaltung zur Verfügung zu stellen. Die mittels Antragsassistenten erhobenen personenbezogenen Daten weichen in der Regel nicht von den abgefragten Daten bei papierhaften Anträgen ab.

1.3 Verantwortlichkeiten

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg
Deutschland

Telefon: 04331 - 202 0

1.4 Zuständigkeiten

Ansprechpartner (technisch)

Kreis Rendsburg-Eckernförde

Anton Kiebert (Digitalisierungsmanagement)

Kaiserstraß 8

24768 Rendsburg

1.5 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Rendsburg-Eckernförde

Micha Mark Knierim (Datenschutzbeauftragter)

Kaiserstraße 8

24768 Rendsburg

Deutschland

Telefon: 04331 - 202 174

E-Mail: datenschutz@kreis-rd.de

2. Informationspflicht gem. Art. 13 DSGVO

2.1 Zweck der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre persönlichen Daten, soweit dies erforderlich ist, zu folgendem Zweck / zu folgenden Zwecken:

- Antragsbearbeitung der ausgewählten Verwaltungsleistung

2.2 Rechtsgrundlage

Die im Zusammenhang mit dem Zweck/den Zwecken der Verarbeitung stehende/n Rechtsgrundlage/n für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist / sind:

- Onlinezugangsgesetz (OZG)

2.3 Berechtigte Interessen

Die Angabe der „berechtigten Interessen“ des Verantwortlichen oder des Dritten, die mit der Verarbeitung personenbezogener Daten verfolgt werden sollen, bezieht sich auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO.

- Erhebung der Daten beim Betroffenen

2.4 Datenempfänger

2.4.1 Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde

Der Begriff des „Empfängers“ wird in Art. 4 Nr. 9 DSGVO definiert als „eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogenen Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht.“

- Keine

2.4.2 Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation

Die Übermittlung personenbezogener Daten an eine „internationale Organisation“ (vgl. Begriffsbestimmung Art. 4 Nr. 26 DSGVO) oder an Verantwortliche, Auftragsverarbeiter oder sonstige Empfänger in einem Land außerhalb der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) birgt aus Sicht der betroffenen Person besondere Datenschutzrisiken.

- Wir beabsichtigen nicht, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder internationale Organisation zu übermitteln.

2.4.3 Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn die Kommission beschlossen hat, dass das betreffende Drittland, ein Gebiet oder ein oder mehrere spezifische Sektoren in diesem Drittland oder die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.

- Es liegt derzeit kein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission vor, welcher den Beschluss fasst, dass folgendes Drittland („{NamedesLandes/NamederLänder}“), ein Gebiet oder ein oder mehrere spezifische Sektoren in diesem Drittland ein angemessenes Schutzniveau mit Bezug auf die Europäische Datenschutzgrundverordnung bietet. Eine Datenübermittlung in dieses Drittland bedarf daher einer gesonderten Genehmigung.

2.4.4 Garantien und Erhalt der Garantien

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn hinreichend Garantien vorliegen, dass die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.

- Keine Angaben

2.5 Speicherdauer

Die Speicherdauer enthält die Information darüber, wie lange wir die Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten vornehmen bzw. wann diese gelöscht werden.

- Die eingereichten Inhaltsdaten der Formulartransaktionen werden nach 180 Tagen unwiederbringlich auf dem Formulserserver gelöscht.

2.6 Rechte der Betroffenen

2.6.1 Recht auf Auskunft

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob

betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten.

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

2.6.2 Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.

- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

2.6.3 Recht auf Löschung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen.

- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung verlangen (Art. 17 DSGVO).

2.6.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Art. 18 DSGVO).

2.6.5 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen.

- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 21 DSGVO).

2.6.6 Recht auf Datenübertragbarkeit

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln.

- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

2.6.7 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Die betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. An folgende Aufsichtsbehörde/n kann eine solche Beschwerde gerichtet werden:

- Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig Holstein (ULD)

Holstenstraße 98

24103 Kiel

Telefon: 0431 988-1200

mail@datenschutzzentrum.de

2.7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Die betroffene Person hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

- Als verantwortungsbewusste Behörde verzichten wir bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine automatische Entscheidungsfindung oder ein Profiling.